



Haushalts- und Finanzausschuss

22 . Sitzung (öffentlicher Teil)*)

11. Mai 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 11:55 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD)

Protokollerstellung: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 **Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung des Austritts aus Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsgemeinschaften des öffentlichen Rechts (Kirchenaustrittsgesetz - KiAustrG) und des Gesetzes über Kosten im Bereich der Justizverwaltung (Justizverwaltungskostengesetz - JVKostG)**

1

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1518

Vorlage 14/458

Der Ausschuss **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den **Gesetzentwurf** Drucksache 14/1518 **anzunehmen**.

*) nichtöffentlicher Teil mit TOP 11 siehe nöAPr 14/35
vertraulicher Teil mit TOP 12 siehe vAPr 14/4

- 2 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2006** 2
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1102
in der Fassung nach der 2. Lesung
Drucksache 14/1717
- Schlussberatung und Abstimmung zur dritten Lesung
- In Verbindung damit:
- 3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 14/1000 und 14/1500 (1. Ergänzung)
in der Fassung nach der 2. Lesung
Drucksachen 14/1700, 14/1701 bis 14/1706, 14/1708, 14/1710 bis 14/1715, 14/1720 und 14/1818
- Vorlagen 14/452, 14/464 und 14/468
- Schlussberatung und Abstimmung zur dritten Lesung
- Und:
- 4 Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2005 bis 2009**
- Unterrichtung durch die Landesregierung
Drucksache 14/1101
- Im Hinblick auf die für morgen zu erwartenden zweite Ergänzung kommt der Ausschuss nach kurzer Aussprache überein, die abschließende Beratung über alle drei Tagesordnungspunkte einschließlich der Entscheidung über die bereits vorliegenden Änderungsanträge in einer zusätzlichen Sitzung am kommenden Montag, 15. Mai 2006, 12:30 Uhr, durchzuführen.
- 5 Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 93 Abs. 2 Schulgesetz (VO zu § 93 Abs. 2 Schulgesetz) für das Schuljahr 2006/2007** 4
- Vorlage 14/292
- Der Ausschuss **stimmt** ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen der **Verordnung zu**.

- 6 GründerInnen und junge KMU in der Nachgründungsphase durch ein originäres Mikrolending-Angebot unterstützen** 4
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/722
Ausschussprotokoll 14/170
- Nach kurzer Beratung **beschließt** der Ausschuss einvernehmlich, zu dem Antrag **kein Votum** abzugeben.
- 7 Gesetz zur Neuordnung der Finanzierungsbeteiligung zum Schwangerschaftskonfliktgesetz (Neufin SchKG)** 5
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1149
Ausschussprotokoll 14/172
Vorlage 14/449
- Nach kurzer Diskussion insbesondere über die Notwendigkeit einer Beratung des von den Regierungsfractionen kurzfristig vorgelegten Änderungspaketes **verzichtet** der Ausschuss darauf, heute zu dem Gesetzentwurf ein **Votum** abzugeben.
- 8 Zickzackkurs der Bundesregierung bei der Besteuerung von Biokraftstoffen gefährdet zukünftige Investitionen** 7
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1197
- Der Ausschuss **beschließt** nach kurzer Erörterung einvernehmlich, **kein Votum** abzugeben.
- 9 Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen** 8
- Vorlage 14/337
- Der Ausschuss nimmt ohne Diskussion von der Vorlage Kenntnis.
- 10 Verschiedenes** 8

2 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2006

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1102
in der Fassung nach der 2. Lesung
Drucksache 14/1717

Schlussberatung und Abstimmung zur dritten Lesung

In Verbindung damit:

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 14/1000 und 14/1500 (1. Ergänzung)
in der Fassung nach der 2. Lesung
Drucksachen 14/1700, 14/1701 bis 14/1706, 14/1708, 14/1710 bis 14/1715,
14/1720 und 14/1818

Vorlagen 14/452, 14/464 und 14/468

Schlussberatung und Abstimmung zur dritten Lesung

Und:

4 Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2005 bis 2009

Unterrichtung durch die Landesregierung
Drucksache 14/1101

Da für diese drei Tagesordnungspunkte die zu erwartende zweite Ergänzung zu beachten sei, schlägt **Vorsitzende Anke Brunn** vor, zunächst den Finanzminister zu hören, wie bezüglich der Steuerschätzung der Sachstand sei und wann mit der Vorlegung der zweiten Ergänzung gerechnet werden könne.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) legt dar, der Bundesfinanzminister werde heute um 14 Uhr seine Zahlen veröffentlichen. Nach dem, was er zur Stunde wisse, sehe es so aus, dass Zeitungsberichte, wonach mit 5,5 bis 6 Milliarden € zu rechnen sei, dem Ergebnis der Schätzung wohl nahe kämen. Noch nicht klar sei, wie das auf die Länder heruntergebrochen werde und wie sich das auf die einzelnen Steuerarten verteile.

Wenn es Mehreinnahmen geben werde - und danach sehe es ja aus -, werde die Landesregierung diese etatisieren und dabei natürlich mit der Vorsicht eines ehrlichen Kaufmanns vorgehen. Seine Absicht sei, die Ergänzungsvorlage bis morgen Mittag zu übermitteln, sodass genügend Zeit bleibe, über den einzigen Punkt, den diese Vorlage enthalten werde, zu beraten und am kommenden Montag darüber zu entscheiden.

Vorsitzende Anke Brunn stellt fest, da der Ausschuss nicht über eine Vorlage beraten könne, die er noch nicht kenne, sei in der Tat eine Sondersitzung erforderlich. Ihr Vorschlag sei - und diesen habe sie mit den Obleuten bereits abgestimmt -, diese Sondersitzung für Montag, 12:30 Uhr, einzuberufen.

Dabei habe sie die Absicht, auch die kommunalen Spitzenverbände zu dieser Sondersitzung einzuladen, weil die Kommunen zum einen an der Steuerschätzung beteiligt seien und es zum anderen auch um die kommunale Familie insgesamt gehe. Im Anschluss an dieses Gespräch mit den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände werde sie die weitere Beratung des Haushalts vorsehen.

Die Frage sei nun, wie weit der Ausschuss heute in die weitere Beratung eintreten wolle.

Gisela Walsken (SPD) ist mit dem Verfahren einverstanden und auch damit, dass die Kommunen in so eleganter Weise einbezogen würden. Die SPD-Fraktion hätte nichts dagegen, heute über die vorliegenden Änderungsanträge zu beschließen. Die Schlussabstimmung könne aber erst am Montag erfolgen.

Auch **Volkmar Klein (CDU)** kann sich dem anschließen. Er finde es gut, die Wertschätzung des Ausschusses gegenüber den Kommunen Platz greifen zu lassen und die Verbände einzuladen. Für notwendig halte die CDU-Fraktion das allerdings nicht, weil durch eine solche Ergänzung, wie auch in der Vergangenheit, keine Pflicht zur Anhörung ausgelöst werde. Das sei also Ausdruck von Wertschätzung, aber nicht von Einhaltung der Geschäftsordnung.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) ist insbesondere über die zeitlichen Abläufe nicht gerade begeistert. Seine Fraktion werde sicherlich noch am Montag eine Fraktionssitzung anberaumen müssen, um über die Ergänzungsvorlage zu diskutieren. Er sei aber mit dem Verfahren einverstanden, wenn auch mit Bauchschmerzen und mit Kritik.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) weist darauf hin, dass er schon vor langer Zeit diese zweite Ergänzung für den Fall angekündigt habe, dass die Steuerschätzung dies gebiete. Die Alternative wäre gewesen, nur mit einer groben Schätzung zu arbeiten, was die Opposition sicherlich kritisiert hätte. Er glaube, dass dieses Verfahren, eine Ergänzungsvorlage unmittelbar nach Bekanntwerden der Steuerschätzung zu erstellen, sehr transparent sei.

Vorsitzende Anke Brunn stellt fest, dass zum GFG keine Änderungsanträge vorlägen.

Zum Haushaltsentwurf weist sie drauf hin, dass der Finanzminister mit Vorlage 14/452 der Bitte des Abgeordneten Eiskirch nachgekommen sei, die Mehrausgaben bei den Mieten und Pachten aufzuschlüsseln. Die Aufteilung der beschlossenen Einsparungen bei den Titeln „Mieten und Pachten“ ergebe sich aus Vorlage 14/464, die als Änderungsantrag zur Abstimmung zu stellen sein werde.

Vorlage 14/468 enthalte schriftliche Änderungsanträge aller Fraktionen. Darüber hinaus sei ein weiterer Änderungsantrag aller Fraktionen mit der laufenden Nummer 20/01 heute als Tischvorlage verteilt worden.

Der **Ausschuss** kommt überein, auch über die Änderungsanträge erst am kommenden Montag zu beraten und zu entscheiden.

5 Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 93 Abs. 2 Schulgesetz (VO zu § 93 Abs. 2 Schulgesetz) für das Schuljahr 2006/2007

Vorlage 14/292

Vorsitzende Anke Brunn teilt mit, diese Rechtsverordnung bedürfe der Zustimmung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung und des Haushalts- und Finanzausschusses. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung habe ihr bereits mehrheitlich zugestimmt.

Der Unterausschuss „Personal“ habe sich am 9. Mai 2006 damit befasst und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen empfohlen, der Verordnung zuzustimmen.

Der **Ausschuss** stimmt ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen der Verordnung zu.

6 GründerInnen und junge KMU in der Nachgründungsphase durch ein originäres Mikrolending-Angebot unterstützen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/722

Ausschussprotokoll 14/170

Vorsitzende Anke Brunn trägt vor, dieser Antrag sei an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie - federführend - überwiesen worden; dort solle auch die abschließende Beratung und Abstimmung erfolgen. Der HFA als einer der mitberatenden Ausschüsse sei an der Anhörung des federführenden Ausschusses nachrichtlich beteiligt gewesen.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) hofft auf Zustimmung aller Fraktionen. Für den Antrag bestehe Bedarf; für junge Gründerinnen und Gründer sei das eine hervorragende Sache. Die NRW-Bank sei auch bereit, das zu unterstützen. Die Koalitionsfraktionen könnten also hier ihre wirtschaftspolitische Tatkraft in die Wagschale werfen.

